

worden, die Verpflichtungen Frankreichs gegenüber dem Völkerbund erfüllt und die Bündnisse und Freundschaften Frankreichs erhalten. Das Ergebnis seiner Politik sei, daß Frankreich Herr seines Schicksals blieb. Diese Politik habe fortgesetzt die Willkür des Parlaments erfahren. Noch in der letzten Woche habe er eine verstärkte Mehrheit erzielt. So schwierig seine Aufgabe auch sei, so würde er sie trotzdem fortgeführt haben, aber eine Partei habe ihm das Vertrauen entzogen. Eine Zusammenarbeit sei so nicht mehr möglich.

Die Regierungskrise in Frankreich.

Paris, 2. Januar. Wie aus politischen Kreisen am Mittwochabend verlautet, dürfte Herrriot, der am Donnerstagvormittag zum Präsidenten der Republik zur Rücksprache wegen der Regierungsbildung berufen wurde, einen derartigen Vorschlag ablehnen, da er in der Sonntagssitzung des Volksgesamtschusses der radikalsozialistischen Partei ausdrücklich geäußert habe, mit seinem Rücktritt aus dem Kabinett lediglich seine Freiheit als Staatsbürger wiedererlangen zu wollen.

Im Falle einer Ablehnung Herrriots verlautet, daß der Staatspräsident den Vorsitzenden der radikalsozialistischen Kom-

missionen, Delbos, mit der Kabinettsbildung beauftragen werde. Falls auch Delbos, was wahrscheinlich sei, ablehnen sollte, werde wohl ein Senator der demokratischen Linken mit der Regierungsbildung betraut werden. In politischen Kreisen nennt man den Finanzminister im gestürzten Kabinett Laval, Regnier, und den früheren Ministerpräsidenten und Senator Saurraut als etwaigen Nachfolger Lavals.

Auch Ägyptens Regierung zurückgetreten.

Das ägyptische Kabinett Nessim Pascha ist zurückgetreten, um einem Kabinett der Einheitsfront Platz zu machen. Wie verlautet, hatte der Führer der Wafdpartei, Nassef Pascha, eine längere Unterredung mit König Fuad unter vier Augen. Der König erteilte Nassef Pascha den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts der nationalen Einheitsfront. Nassef Pascha hat sich seine Aufgabe vorbehalten.

Der vorgeschlagene Kabinettswechsel ist auf den einen Wunsch zurückzuführen, sofort mit einem Koalitionskabinett in Verhandlungen über den englisch-ägyptischen Vertrag treten zu können, insbesondere über die beiden für England wichtigsten Punkte der militärischen Vereinbarungen und der Sudanfrage.

Danzig verteidigt sich gegen die Angriffe im Völkerbundsrat / Seltzamer Völkerbundsangriff gegen die Freie Stadt - Hat der Rat nichts Wichtigeres zu tun?

Man sollte meinen, daß der Völkerbundsrat in Genf allerlei Sorgen und allerlei zu besprechen hat. Der italienisch-ägyptische Konflikt ist seit der letzten Sitzung weder beigelegt noch gemildert worden. Die kommunistische Verschwörung in Uruguay, die ja bekanntlich weit mehr ist als ein Ereignis fern von Genf, sondern die vielmehr ein Beweis für die bolschewistischen Wühlereien in aller Welt ist, hätten den Völkerbundsrat ebenfalls interessieren müssen. Er hätte sich vielleicht auch mit der Eiserner gegen Italien befassen können, um die ja das Geräusch nun schon seit Monaten geht, aber was tut man in Genf? Man behandelt die Danziger Frage.

So ganz aus heilerem Himmel hat man sie herangeholt und macht sie nun zu einem ganz außerordentlich wichtigen Fall, der gar keinen Aufschub verträgt und der scheinbar nach Genfer Auffassung höchst gefährlich für das europäische Gleichgewicht ist. Die Genfer Politik hat uns ja noch nie überrascht können. Wir sind allerlei gewöhnt, aber was jetzt da geschieht, das ist doch eine derartig ungläubliche Verschönerung der Tatsachen, daß wir von vornherein ganz entschieden dagegen Front machen müssen.

Es sieht fast so aus, als hätte sich der Völkerbundsrat den Bericht des Danziger Völkerbunds-Kommissars Lester eigens dazu bestellt, um ein Thema für seine Ratssitzung zu haben.

Kennen wir doch die Sache beim richtigen Namen. Die Danziger Frage ist für den Völkerbundsrat nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver, man traut sich nicht an die Erörterung des italienisch-ägyptischen Streit, weil man ihm ratlos gegenübersteht. Man wagt es nicht, von der Eisernen zu reden, weil man Angst vor dem eigenen Mut hat, man traut sich nicht an den Fall Uruguay so unvermittelt heran, weil man den mächtigen Sowjetvertreter in Genf, Herrn Litwinow, nicht verschmähen will. So sieht die Sache aus. Und daher die ungeheure Aufschaukung der Danziger Frage.

Der Völkerbundsrat hat selbst die Trauerfeier für den verstorbenen englischen König so schnell wie möglich erledigt, um an die Danziger Frage heranzukommen. Ein seltsames Gebaren! Seltzamer um so mehr, als der britische Außenminister Eden den Fall Danzig für so dringlich hält, daß er nicht einmal nach England zurückkehrt, wo er sicherlich besser am Platz wäre als in Genf. Statt dessen

spielt Eden den Ankläger gegen Danzig

und hielt vor dem Völkerbundsrat eine Rede, die wahrlich nicht dazu angetan ist, Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Auch wenn er von einer „außerordentlich ernsten Lage in Danzig“ sprach, so kann er uns nicht von der Wichtigkeit seiner Ansicht überzeugen. Was er dem Danziger Völkerbunds-Kommissar sein unbegrenztes Vertrauen ausgesprochen, wir behalten uns unsere eigene Auffassung über die Arbeit des Herrn Lester in Danzig vor. Selbst Herr Eden mußte zugeben, daß der vorliegende Fall nicht das Verhältnis zwischen Polen und Danzig betrifft. Dafür wäre allenfalls der Völkerbundsrat zuständig gewesen. Aber von

Verteilung der Danziger Verfassung durch die Regierung

zu sprechen, bedarf doch wohl noch weiterer Beweise. Nach Herrn Edens Meinung hat der Völkerbundsrat im Augenblick keine andere Möglichkeit, als sich selbst mit der Frage des verfassungsmäßigen Lebens in der Freien Stadt Danzig zu befassen, da nach seiner Meinung die Durchführung der Verfassung durch die nationalsozialistische Regierung in Danzig nicht gesichert sei. Dem Danziger Senat warf er vor, daß er eine Atmosphäre der Feindseligkeit gegen den Völkerbundsrat geschaffen habe. Daß

sich der französische Vertreter der Auffassung Edens anschloß,

bedarf keiner besonderen Unterbrechung. Auch er sprach von der ernsten Lage und von den sogenannten Pflichten, deren Beachtung der Völkerbundsrat vom Danziger Senat verlangen müsse. Der spanische Vertreter Madariaga schlug in dieselbe Reihe wie sein französischer Vorgesetzter; nur der dänische Außenminister Runcie sah die Danziger Frage etwas besonnener und nüchterner an. Er sprach die Überzeugung aus, daß der Danziger Senatspräsident Greiser Erklärungen abgeben werde, von denen man die Durchführung der notwendigen Maßnahmen erwarten könne.

Unter allgemeiner Spannung nahm dann der polnische Außenminister Beck das Wort. Er gestand zwar dem Völkerbund zu, daß er mit dem Schutze der Danziger Verfassung betraut sei, stellte aber mit besonderer Freude fest, daß

das Verhältnis Danzigs zu Polen sehr befriedigend entwickelt habe. Wie der Senatspräsident Greiser hier seinen guten Willen gezeigt hätte, so hoffe er von ihm auch den guten Willen in anderen Fragen. Er gab der Meinung Ausdruck, daß man dem Danziger Senat eine gewisse Bewegungsfreiheit geben müsse, und daß nicht alle Beschwerden von gleich großer Bedeutung seien.

Der Sowjetvertreter Litwinow ließ sich die Gelegenheit natürlich nicht entgehen, um die Stimmung gegen das nationalsozialistische Danzig noch weiter zu verschärfen. Er forderte unbedingtes Eingreifen des Völkerbundsrates, um, wie er sagte, die Danziger Verfassung zu schützen.

Der Danziger Senatspräsident Greiser dankte dem Rat dafür, daß er sich so angelegentlich der Danziger Fragen annehme. Er versicherte als Präsident des Danziger Senates, daß der Senat niemals die Absicht habe, etwa die Einrichtung des Völkerbunds-Kommissariats anzugreifen. Alle derartigen Behauptungen seien abwegig. Danzig sei bereit, die Empfehlungen des Völkerbundes durchzuführen; aber es seien Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß die Juristen in Danzig anderer Auffassung seien als die Juristen des Völkerbundsrates.

Von den sechs Empfehlungen, die der Rat im September gegeben habe, seien vier durchgeführt worden, zwei an sich bedeutungslos. Empfehlungen seien aber nicht ausgeführt worden, weil sie dem Danziger Rechtsempfinden ins Gesicht schlugen würden. Zudem habe das von der politischen Leitung völlig unabhängige Danziger Oberste Gericht sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese zwei Empfehlungen auch nicht durchgeführt zu werden brauchen, weil die bereits bestehenden Gesetze in Ordnung seien. Und

der Völkerbundsrat könne sich schlecht einfach über die Ansicht des höchsten Danziger Gerichtshofes hinwegsetzen.

Zwölf Jahre lang habe Danzig das Pulverfaß Europas gebildet, und dazu hätten in erster Linie die Parteien beigetragen, die sich heute beschwerdeführend an den Rat gewandt hätten. Das nationalsozialistische Danzig habe aber der Welt ein Beispiel gegeben, wie man auch unter den schwierigsten Verhältnissen zu einem Frieden kommen könne, und somit habe Danzig dem Völkerbunde durchaus gedient. Wenn man an Stelle des Rechtes jetzt etwa den Machtanspruch setze, dann schaffe man die Gefahr neuer Verwirrungen.

Am Schluß der Aussprache des Rates über Danzig wurde der englische Außenminister Eden als Berichterstatter für eine Entschließung eingesetzt, die der Völkerbundsrat am Freitag annehmen will.

Bei Herrn Eden liegt es nunmehr, ob die Danziger Frage eine besondere Schärfe in die Ratssitzungen bringen wird oder ob man es doch vorzieht, von besonderen Maßnahmen gegen Danzig Abstand zu nehmen.

Aus unserer Heimat.

Wilsdruff, am 23. Januar 1936.

Der Spruch des Tages.

Immer vertun und nichts erwerben macht vor der rechten Zeit verderben; Füllen, Prassen und trunke Freud bringen letztlich trostlos Herzleid.

Jubiläen und Gedenktage.

24. Januar.

- 1712 Friedrich der Große geboren.
- 1776 C. Th. W. Hofmann geboren.
- 1798 Der Dichter Karl von Holtei geboren.
- 1867 Schleswig-Holstein wird preussisch.

Sonne und Mond.

24. Januar: S. M. 7.55, S. U. 16.29; M. M. 7.49, M. L. 17.10

Das Thema vom Wetter gilt gemeinhin als geistlos und uninteressant, man kommt aber in diesen Tagen des Januar-Krüblings nicht los davon, es immer und immer wieder anzuschneiden und zu erörtern. Wo bleibt der Winter?, fragt man sich und weiß doch keine Antwort zu geben. Täglich werden die Wetterberichte in der Presse und im Rundfunk mit gespanntem Interesse verfolgt, und es ist doch immer wieder ein und dasselbe: Temperaturen, die der Jahreszeit keineswegs entsprechen, Niederschläge als Regen. Auch im G-Bezirk ist der Nullpunkt überschritten und nichts Winter daran. Man hat in absehbarer Zeit ein arundelnder Winter zu erwarten. Ich mich Verwuns Wühlung - das ist die große Reaktion, die

Die Eisbarriere verlagert.

Kein Kredit für den Negus.

Die Zeit, die bis zur Abfassung des Berichtes durch Eden vergeht, benutzt man in Genf zu Verhandlungen des Sanktionsausschusses, bei denen die Eisbarriere gegen Italien vorläufig auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. Die letzte Sitzung des Ausschusses brachte nur den Beschluß, daß der bisherige Ausschluß, der die Durchführung der Sanktionen beobachtet, weiterhin tätig bleiben soll, und daß ein neuer Ausschuss eingesetzt werden soll aus Vertretern der exportierenden Länder und derjenigen Länder, durch die die Eisbarriere hindurchgeführt wird. Er soll die technische Seite der Durchführung der Eisbarriere prüfen. Die Arbeiten dieses Ausschusses beginnen erst in der nächsten Woche. Vorläufig ist aber eine große Mehrheit im Sanktionsausschuss für Vertagung der ganzen Frage. Nur Titulescu, der rumänische Außenminister, verlangte noch einmal die Feststellung, daß man grundsätzlich am dem Plan der Eisbarriere gegen Italien festgehalten habe.

Gleichzeitig ist eine Entschließung veröffentlicht, die der Völkerbundsrat morgen annehmen soll, und die sich mit der Möglichkeit von Ausgleichsverhandlungen zwischen Italien und Abessinien beschäftigt. Diese Entschließung stellt fest, daß

der Dreizehneraussschuß überhaupt nichts erreicht hat. Ausgehend von der geradezu sensationellen Behauptung, daß der Krieg in Abessinien weitergehe, lehnt der Ausschuss die von Abessinien verlangte finanzielle Unterstützung ab mit der Begründung, daß eine internationale Vereinbarung über eine solche Maßnahme noch nicht in Kraft getreten sei. Der Ausschuss lehnt weiter die Entsendung einer Untersuchungskommission ab und erklärt schließlich ganz offen, daß eine Gelegenheit für Ausgleichsverhandlungen sich nicht ergeben habe.

Englische Denkschrift zur Mittelmeerfrage.

Am Mittwochabend hat der Völkerbund eine englische Denkschrift verbreitet, die an den Präsidenten der Sanktionskommission geschickt wurde und eine englische Darstellung über die Verhandlungen der Regierung und der Generalfürsten zum Schutze von Staaten enthält, die etwa von Italien bei der Durchführung der Sanktionen im Mittelmeer angegriffen werden sollten. Die Veröffentlichung bringt die bestimmte Erklärung der englischen Regierung, daß zwischen den Generalfürsten Englands und Frankreichs

keine Verhandlungen geführt worden seien, die sich auf die Nordostgrenze Frankreichs erstreckten.

Die Denkschrift sagt in diesem für Deutschland wichtigen Punkt wörtlich folgendes: Die Verhandlungen zwischen den Generalfürsten haben sich nur auf die gemeinsame Zusammenarbeit für den Fall erstreckt, daß Feindseligkeiten im Mittelmeer entstehen, und zwar infolge der Anwendung von Sanktionen im gegenwärtigen Streit zwischen Italien und Abessinien. Die Verhandlungen haben sich niemals mit irgendeiner anderen Frage beschäftigt.

Frankreich hat sich zu der gegenseitigen militärischen Unterstützung im Mittelmeer nur unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß England unbedingt im Rahmen der Völkerbundsatzung und der sogenannten Kollektivaktion bei Maßnahmen gegenüber

Italien bleibt. Später sind dann die griechische, türkische und jugoslawische Regierung über die Haltung Frankreichs in Kenntnis gesetzt worden und haben die gleiche Haltung angenommen wie Frankreich. Über die Einzelheiten, die man auf militärischem Gebiet vereinbart hat, enthält die englische Denkschrift kein Wort.

Der Dreizehner-Ausschuß berichtet.

In einem Bericht des Dreizehnerausschusses des Völkerbundsrates zum italienisch-ägyptischen Streit heißt es, daß die Sanktionsmaßnahmen wirtschaftlicher und geistlicher Art vom Dreizehner-Ausschuß überwacht werden und daß man im gegenwärtigen Augenblick keine Möglichkeit sehe, Abessinien eine Geldhilfe zu gewähren, weil ein Abkommen darüber nicht in Kraft getreten sei. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß die Durchführung der von der abessinischen Regierung geforderten unparteiischen Untersuchung über die Kriegführung auf abessinischem Gebiet ihm heute weniger nützlich erscheine; der Ausschuss könne nur beschließen, die Lage aufmerksam zu verfolgen.

Winter in diesem eigenartigsten Januar gemacht hat. Und draußen schwellen die Anspolen...

Die Kirchenuhr steht still. Wegen größerer Reparaturen muß die Turmuhr der Kirche etwa acht Tage stillstehen. Wieder ein Siebzehnjähriger. Am heutigen Tage ist es dem Fischhändler Max Liebig vergönnt, in voller Gesundheit seinen 70. Geburtstag zu feiern. Wir gratulieren!

Der Männerchor Wilsdruff hielt gestern abend im „Goldenen Löwen“ seine Jahreshauptversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte man der Gangesbrüder, die im vergangenen Jahre in die Epochen ewiger Harmonien eingingen. Den Jahresbericht erstattete Sängeroberrichter Schmidt. Er erinnerte an die organisatorischen Veränderungen ansangs des vergangenen Jahres, an die Wahl des neuen Liedermeyers und die Reihe von Veranstaltungen, die Mitlieder, Angehörige und Freunde zu freien Stunden vereinigten. Die wohlgeordnete Fahrt mit der 1006er Eisenbahn nach der Dreifachmühle nahm darin eine besondere Stelle ein. Am Rosenbergschlösschen Kaffeehaus wurde ein erhellendes Kassenabrechnungsmeldeo. Die Rechnung wurde auf Antrag der Kassenprüfer richtigergelesen und dem Kaffierer und seinen Helfern Dank gesagt für die uneigennützigste Arbeit. Eine besondere Anzuehung wurde dem früheren langjährigen Vorstands, Sängeroberrichter Otto Treute zuteil. In Anbetracht seiner arthen Verdienste um den Verein und um die Pflege des deutschen Liedes wurde er zum Ehrenmitglied ernannt und ihm eine höchst interessante Urkunde überreicht. Auf Wunsch des Vorstands wurde auch ein Mitglied des Vereins, der sich um die Pflege des deutschen Liedes verdient gemacht hat, zum Ehrenmitglied ernannt. Am weiteren Verlauf wurden einige interessante Beschlüsse gefasst, die den Verein in die Zukunft hinein führen werden. Auch wurde dem 70-jährigen